

Sonderdruck aus

Brigitte Kossek / Markus F. Peschl (Hg.)

Digital Turn?

Zum Einfluss digitaler Medien auf
Wissensgenerierungsprozesse von Studierenden
und Hochschullehrenden

Mit 7 Abbildungen

V&R unipress

Vienna University Press

ISBN 978-3-8471-0038-6

Inhalt

Brigitte Kossek Einleitung: digital turn?	7
Digitale Medien und Wissensgenerierungsprozesse	
Theo Hug Kritische Erwägungen zur Medialisierung des Wissens im digitalen Zeitalter	23
Markus F. Peschl/Thomas Fundneider Vom „digital turn“ zum „socio-epistemological creative turn“. Räume der Ermöglichung von Innovation und Wissensgenerierung	47
Heidrun Allert/Christoph Richter Design als Untersuchung: Act & Inquire in an Unfinished Universe	63
Rolf Schulmeister/Christiane Metzger Zur Rolle der Lehrorganisation bei der Gestaltung des studentischen Selbststudiums	77
Sigrid Schmitz/Elisabeth Grunau Concept Mapping from a Perspective of Gendered Diversity	93
Wolfgang Nowak Barrieren als Be- und Verhinderungen: Möglichkeiten und Wirklichkeiten der gesellschaftlichen Teilhabe im weltweiten Netz	107
Theo Röhle Cloud Control. Hochschulinfrastrukturen als Kontrolltechnologien	121

Digitale Medien, Kommunikationsprozesse und Protestformen

Herbert Hrachovec

Unibrennt. Ein Warnsignal und ein Markenzeichen 137

Susanne Lummerding

Re-Vidieren. Repräsentationskritik und radikal-demokratische Praxis . . 151

Wolfgang Sützl

Digital Protestieren? Zur Körperlichkeit und Radikalität von digitalen
Protestformen 165

Jana Herwig

Von 4chan zu Anonymous und AnonAustria: Von der kollektiven
Identität zum global-lokalen aktivistischen Kollektiv 183

AutorInnenverzeichnis 201

Digitale Medien, Kommunikationsprozesse und Protestformen

Unibrennt. Ein Warnsignal und ein Markenzeichen

Im Oktober 2009 brachte eine überraschende Entwicklung die österreichische Hochschulpolitik für einige Monate durcheinander. Das Universitätsgesetz 2002 hatte das gesamte nationale System der höheren Bildung umgekämpft und dabei unter anderem eine Umstellung sämtlicher Studienpläne auf die Vorgaben der sogenannten „Bologna Follow-up Group“¹ verordnet. Erklärtes Ziel war die administrative Unterstützung der Einrichtung eines „Europäischen Hochschulraums“². Unter finanziellem Druck durch das Wissenschaftsministerium sahen sich die Universitäten des Landes veranlasst, ihre Diplom- und Doktoratsstudien in die dreiteilige „Bologna-Architektur“ aus Bachelor – Master – PhD zu überführen. Der vorgeschrriebene Systemwechsel war von zahlreichen kritischen Stimmen und gelegentlichen Protesten begleitet, doch im Jahr 2009 war die „Reform“ beinahe lückenlos durchgeführt. Einzig die Akademie der bildenden Künste in Wien sträubte sich noch gegen die Neuregelung; ihre Studierenden organisierten eine Protestveranstaltung. Kaum jemand hatte damit gerechnet, aber im Anschluss an den Demonstrationszug kam es zur Besetzung des größten Hörsaals der Universität Wien (des „Auditorium Maximum“). Der Ort blieb bis Ende des Jahres in der Gewalt der Studierenden und bildete einen Kristallisierungspunkt für kritische Abrechnungen mit der Bologna-Reform, die sich von Wien aus in Österreich und über die nationalen Grenzen hinaus in zahlreiche europäische Hochschulorte ausbreiteten.

Besetzungen des Auditorium Maximum hatten in den letzten Jahrzehnten eine gewisse Tradition. Restriktive Gesetze und Sparprogramme führten wiederholt zur öffentlichkeitswirksamen Übernahme dieses symbolischen Ortes durch Studierende. Die Aktionen 2009 unterschieden sich von den früheren Interventionen allerdings in einem entscheidenden Punkt, nämlich der Verfügbarkeit der Technik des sogenannten Web 2.0. Twitter Channels, Wikis und Blogs wurden im Handumdrehen eingerichtet. Durch die damit hergestellte

1 http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/about/how_it_works.htm [10.8.2011].

2 <http://www.ehea.info/> [10.8.2011].

Öffentlichkeit hatten die Studierenden einen beträchtlichen Vorsprung vor der Universitätsleitung, deren Kommunikationspolitik zunächst auf traditionelle Medien beschränkt blieb. Für die allgemeine politische Wahrnehmung waren die sozialen Konfrontationen in China und die „Twitter-Revolution“ im Iran frisch in Erinnerung. Für Tageszeitungen und TV stellte die neue Technik *per se* ein interessantes Thema dar. Ihre Effekte waren frappant. In kürzester Zeit gelang es den Besetzerinnen, ein umfassendes Politik- und Kulturprogramm zusammenzustellen und es täglich zu bewerben. Durch multimediale und interaktive Installationen entwickelte sich die Besetzung zu einer Art Realityshow im Internet. Ein Bericht des IT-Teams der Besetzerinnen stellt, ausgehend von diesen Beobachtungen, eine Verbindung zwischen der Vorgangsweise der Studierenden und dem *Modus Operandi* des Internets selbst fest:

„In einem Modell der vernetzten Protestbewegungen, das sich aus den Ebenen des Internets und den beteiligten Menschen selbst zusammensetzt, fällt ein interessanter Aspekt auf: das Hauptmedium der Vernetzung (wie auch der von der Bewegung hergestellten Öffentlichkeit), durch das diese erst auf einem so schnellen, barrierefreien und kostengünstigen Weg ermöglicht wurde, nämlich das Internet, ist in bestimmter Hinsicht ähnlich zu charakterisieren, wie die Bewegung selbst – es ist sowohl dezentral organisiert als auch jedem offen zugänglich, verursacht dadurch aber auch eine extreme Redundanz an Daten und Informationen.“ (Hiesberger et al. 2010, S. 221)

Das Internet ist nach dieser Einschätzung eine emanzipatorische Kraft. Der vorliegende Beitrag wird diese Behauptung nicht direkt diskutieren, sondern stattdessen einen Blick auf technisch-organisatorische Voraussetzungen des politischen Erfolgs der *unibrennt* Bewegung werfen. Dazu ist vorweg eine kurze Skizze zur Entwicklung der österreichischen Hochschulpolitik des letzten Jahrzehnts nötig. Im darauffolgenden Abschnitt wird eine heterodoxe These zum Verhältnis der Universitätsreform 2002 und der gegen sie gerichteten Protestbewegung vertreten. Die meisten Kommentare sprechen von steigendem kommerziellem Einfluss auf den Hochschulsektor und einer Gegenbewegung zur Verteidigung herkömmlicher Bildungswerte. Dagegen wird ein anderer Aspekt ins Spiel gebracht. *Beide Seiten* folgen einem Trend, der durch ökonomische Entwicklungen vorgezeichnet wird. Diese Behauptung muss den Widerspruch der „kritischen Intelligenz“ herausfordern, die sich als Bollwerk gegen „Ökonomisierung“ versteht. Abschließend wird zu zeigen versucht, dass die Darstellung des Internets als einer emanzipatorischen Kraft angesichts des Verlaufs der *unibrennt* Bewegung mit großer Vorsicht zu betrachten ist.

Österreichische Universitäten und der europäische Kontext

Das von der österreichischen Mitte-rechts-Regierung 2002 beschlossene „Universitätsgesetz“ (UG 2002) ist ein entschiedener Bruch mit einer langen Tradition des mitteleuropäischen Universitätsverständnisses. Die dominante Rolle des Staates erstreckte sich nach dieser Vorgabe nicht bloß auf die Bereitstellung finanzieller Mittel und die Zuerkennung eines Bildungsmonopols. Die Eingriffe der zuständigen Ministerien reichten tief in die inneren Angelegenheiten der Institution. Ein eklatantes Beispiel ist die Beschäftigung von Hochschullehreinnen als Beamtinnen, ähnlich den Diplomaten oder Polizistinnen. Der Bundesminister als Dienstgeber der Universitätsangehörigen schien eine Selbstverständlichkeit.³ Mit diesem Zustand machte das UG 2002 Schluss. An seiner Stelle wurde eine zeitgemäße „Hochschulautonomie“ eingeführt. Sie orientierte sich an Leistungsstrukturen der Wirtschaft und stellte die Universitäten (entsprechend einem Aufsichtsrat) unter einen „Universitätsrat“, dem gegenüber ein Rektor (eine Rektorin) wie ein Firmenchef die Verantwortung über das Unternehmen zu tragen hat. Abweichend vom kommerziellen Muster war drittens ein „akademischer Senat“ vorgesehen, der (nach einem scharfen Senioritätsprinzip zusammengesetzt) die Erinnerung an die frühere Selbstbestimmung in wissenschaftlichen Fragen aufrechterhielt. Dieses Organ wird in ständischer Manier gewählt; seine wichtigste Kompetenz besteht in der Entwicklung und Einrichtung von Curricula. Die Jurisdiktion über die Gestaltung der Studiengänge wurde im UG 2002 vom Parlament der Republik auf die Senate der österreichischen Universitäten übertragen. So sollte es möglich werden, diese Bildungseinrichtungen im entstehenden „Bildungsmarkt“ „konkurrenzfähig“ zu machen.

Der Staat gab im angesprochenen Gesetz wesentliche Funktionen der internen Gestaltung von Universitäten ab. Eine im Gesetz festgeschriebene Bedingung für die Curriculargestaltung bedeutete dennoch einen massiven Eingriff in die eben erwähnte Gestaltungsfreiheit. Alle im Rahmen der neuen Gesetzgebung entwickelten Curricula müssen den Vorgaben der Bologna-Gruppe entsprechen, zu der sich europäische Staaten freiwillig zusammengeschlossen hatten. Die ehemaligen 4- oder 5-jährigen Diplomstudien sind durch Bachelor- und Masterkurse (2 plus 3 Jahre) zu ersetzen. Alle Lehrveranstaltungen werden nach dem „European Credit Transfer System“ (ECTS) mit Punkten versehen, welche den Arbeitsaufwand für Studierende messen. Diese Klassifikation ersetzt das gewohnte Maß der Semesterwochenstunden. Einzelvorlesungen und Seminare gelten nicht mehr als Basisbestandteile des Lehrplans; sie werden durch „Mo-

³ <http://www.eui.eu/ProgrammesandFellowships/AcademicCareersObservatory/AcademicCarersbyCountry/Germany.aspx> [10.8.2011].

dule“ ersetzt, in denen das Lehrangebot für eine passende Untereinheit der jeweiligen Disziplin zusammengefasst wird. Diese einschneidenden Veränderungen führten zu einer Anzahl vorhersehbarer – und auch unvorhergesehener – Konsequenzen, um die herum sich die studentische Protestbewegung entwickelte.⁴ Eine in diesen Neuregelungen angelegte tektonische Verschiebung wurde dagegen kaum bemerkt.

Die politische Rechtfertigung der Hochschulreform machte ausgiebigen Gebrauch von der Maxime „Weniger Staat!“ und tatsächlich verlor die Ministerialbürokratie wichtige Einflussbereiche.⁵ Es wurde aber übersehen, dass sich die Regulierungsinstanz in gewissem Sinn bloß verschoben hatte. Zwar lag die Normsetzung nicht mehr auf der Ebene der nationalen Politik, aber die „Autonomisierung“ der Hochschulen unterstellte sie einem neuen Meister. Der Staat hatte sich aus der detaillierten Bildungsplanung zurückgezogen – nur um transnationale, europäische Instanzen zu neuen Orientierungspolen zu machen. Nicht mehr die österreichische Gesetzgebung, sondern europäische Gremien, deren Empfehlungen per Gesetz zu Maßstäben der lokalen Entwicklung gemacht werden, legen die Rahmenbedingungen der Universitätsausbildung fest. (Ein innerösterreichischer Mechanismus zur Abgleichung der Studienplanung an Hochschulen ist nicht vorgesehen.)

Große, multinationale Firmen sind ökonomische Akteure geworden, deren Bedeutung mittlerweile viele Staaten übertrifft. Die Europäische Union ist unter anderem eine Antwort auf diese Entwicklung. Die Aufhebung der Zollschränken und die (teilweise) Einführung einer gemeinsamen Währung, zusammen mit weitreichenden Vorgaben zur Regelung ehemals nationaler Prärogative, sollen einen homogenen Wirtschaftsraum von globaler Bedeutung erzeugen. Die Aktivitäten auf dem Bildungssektor, speziell der Bologna-Prozess und die Lissabon-Erklärung zur Wissensgesellschaft, sind Teil dieser politischen Linie. Sie werden nun direkt für die österreichische Hochschulpolitik relevant. Staaten geben ihre Vorrechte nicht gerne aus der Hand, es stellt sich also die Frage, wie sich die Politik des UG 2002 vor diesem Hintergrund erklären lässt. Hier ein Vorschlag: Als Orientierungspunkt kann man sich die organisatorische Entwicklung von Großkaufhäusern vor Augen halten, in Wiener Verhältnissen etwa des Gerngross Warenhauses. Solche Einrichtungen wurden im vergangenen Jahrzehnt an vielen Stellen von zentraler Steuerung auf ein modular organisiertes Geschäftsmodell umgestellt: „Gerngross & Friends“. Der „Gerngross-Effekt“ besteht darin, dass die „patriarchalische“ Verfügung über einen differenzierten Geschäftsbereich durch ein föderiertes Muster ersetzt wird. Anstelle

4 Eine Zusammenfassung versucht: Hrachovec (2009), S. 177–185.

5 In folgenden Novellierungen des UG 2002 reklamierte die Politik prompt wieder höheren Einfluss für sich zurück.

der gesamten operativen Verantwortung beansprucht der Eigentümer nur mehr die Verfügung über die Regeln der Agglomeration.

In ökonomischer Terminologie handelt es sich um die Einrichtung einer „zweiseitigen Plattform“.⁶ Ein herkömmliches Warenhaus wendet sich an seine Klientel und versucht, ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Als doppelseitiger Markt vermittelt es zwischen (semi-) autonomen Unternehmen (oft prominenten „Marken“) und deren Kundschaft. Nicht die Kundenbeziehung, sondern die Organisation des Warentransfers zwischen Anbietern und der Nachfrage ist die neue Aufgabe der ehemaligen „Zentrale“. Die Neugestaltung des österreichischen Bildungssektors zwischen europäischen Vorgaben und einzelnen Universitäten ist nach einem ähnlichen Muster verlaufen. Die früheren Staatsunternehmen Bahn, Post und Bundestheater waren zu klassischen Firmen privatisiert worden, die Freisetzung der Universitäten zu curricularer Autonomie nahm einen etwas anderen Verlauf. Hier spielte der Staat die Rolle eines vermittelnden Agenten, der die europäischen Zielsetzungen der Bologna-Reform und der Lissabon-Deklaration⁷ zu Prinzipien des „selbstständigen“ Handelns der Universitäten erklärte. Er „begnügte“ sich mit der Aufgabe, die Hochschulen per Dekret in den Bildungsmarkt einzupassen.

Die *unibrennt* Plattform

Typische Vertreter zweiseitiger Plattformen sind Reisebüros und Kreditkartenunternehmen. Für den vorliegenden Zweck ist ein anderes Beispiel maßgeblich: Das Internet kann auf weite Strecken als eine solche Plattform angesehen werden. Das gilt nicht für die Anfangszeit, in der seine Hauptfunktion in schriftlicher Kommunikation und im Datenaustausch bestand. Auch die frühen Angebote des „World Wide Web“ waren in der Regel unidirektionale Initiativen einer Person oder eines Unternehmens gegenüber der Öffentlichkeit. Die Webseite der Universität Wien ist ein gutes Beispiel. Der hochkomplexe organisatorische Zusammenhang, den sie vermitteln soll, dient zum Service der Bediensteten, zur Handreichung für Studierende und zur öffentlichen Darstellung des universitären Auftrags generell. Unter den zahlreichen Teilbereichen, die in eine wohlorganisierte Oberfläche zusammengefasst sind, findet sich auch der Sektor „Österreichische Hochschülerschaft“. Er ist graphisch und organisatorisch eigenständig gestaltet, technisch gesehen jedoch Teil der Domäne

⁶ Vgl. etwa Rochet/Tirole (2005), Evans (2006), http://www.justice.gov/atr/public/hearings/single_firm/comments/219673_a.htm, [10. 8. 2011]; Gawer (2009) und Hagiw (2007).

⁷ http://ec.europa.eu/europeaid/where/latin-america/regional-cooperation/alis/documents/lis_bon_declaration_en.pdf [10. 8. 2011].

„univie.ac.at“, den die Universitätsleitung verantwortet. Dieser Umstand entspricht dem seit langem in Mitteleuropa üblichen Verständnis studentischer Mitbeteiligung an universitären Belangen. Studierende sind keine Kunden, sondern „Kommilitonen“, Vertreterinnen der kreativen Intelligenz der nächsten Generation, die bereits jetzt an der Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden teilhaben. Die „Hochschülerschaft“ ist ein alle zwei Jahre gewähltes Organ der Standesvertretung der künftigen akademischen Elite.

Unter dem Schlagwort Web 2.0 versteht man u.a. die Verfügbarkeit kommunikationsorientierter Softwareangebote, die nicht mehr hauptsächlich beim Anbieter angesiedelt sind, sondern eine neue, global verteilte Sozialität ermöglichen. Davon ist auf den Seiten der Österreichischen Hochschülerschaft nichts zu merken. Das hebre Ideal eines Äquilibriums der „universitas magistrorum et scholarium Vindobonensis“⁸ wirkt in der Selbstdarstellungsform im Internet nach. Das WWW hat aber mittlerweile mehr zu bieten und erlaubt Entwicklungen, die über die Präsentation des *Status quo* weit hinausgehen. In Facebook, um nur ein Beispiel zu nennen, können sich kurzfristig riesige „Freundesgruppen“ bilden, die nicht mehr als eine Überschrift und ein Mausklick verbindet. An der Österreichischen Hochschülerschaft sind diese Entwicklungen in der Zeit von 2002 bis 2009 vorübergegangen. Die Plattform *unibrennt* hat sie schlagartig in den Vordergrund gerückt.

Das Audimax wurde am 22. Oktober 2009 besetzt. Detaillierte Informationen waren umgehend im Internet verfügbar und wurden zeitgleich von Online-Nachrichtenseiten übernommen:

„Der Kampf um das Audimax der Universität Wien wird nicht nur von Angesicht zu Angesicht ausgefochten. Vielmehr verlagert er sich ins Netz. Über Twitter und Facebook wird mobil gemacht, die Ergebnisse auf YouTube eingestellt. So sind bereits jetzt zahlreiche Aufnahmen aus dem besetzten Audimax auf dem Portal aufgetaucht.“⁹

In vier Tagen war ein komplettes Informationsportal verfügbar. Die „Wiener Zeitung“ sprach von einer „perfekten Homepage“ und kommentierte, dass die Organisation eines Streiks mittels solcher neuen Kommunikationsmittel in Österreich erstmalig sei.¹⁰ Am 26. Oktober zählte die Sympathisantengruppe auf Facebook 8.400 Fans, Live Streaming, ein Wiki und diverse Foren waren eingerichtet. „Unibrennt“ hielt den 5. Platz unter den Suchbegriffen im deutschsprachigen Twitter. Die Aktivitäten der Studierenden hatten Donnerstagabend

8 Die Formulierung ist von einem „Leitbild der Universität Wien“ übernommen worden, das 1999 entworfen worden war, mittlerweile aber aus ihren Selbstdarstellungen verschwunden ist. Ausschnitte finden sich in http://public.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/personalabteilung/info/pdf/startup.pdf. [10.8.2011].

9 <http://www.oe24.at/oesterreich/politik/uni/Die-Uni-brennt/663611> [10.8.2011].

10 Die betreffenden Online-Berichte sind mittlerweile nicht mehr abrufbar.

begonnen, am Wochenende waren sie ein Hauptthema der politischen Diskussion.¹¹ Luca Hammer gab eine plastische Beschreibung der Entwicklung:

„Als ich am Freitag selbst vor Ort war, habe ich, schon beinahe aus Gewohnheit, einige Reden über Qik gestreamt. Als ich über Twitter bemerkte, wie groß die Nachfrage dafür war, aber die Tonqualität nicht wirklich zufriedenstellend war, habe ich am Samstag meinen Laptop und eine Kamera mitgenommen, um einen besseren Stream zu bieten. [...] Der Stream hat sich über Twitter in kurzer Zeit stark verbreitet und so waren nach einigen Minuten mehrere hundert Zuschauer online. [...] Der bisherige Rekord wurde am Dienstag mit fast 3000 parallelen Zuschauern erreicht. In den vier Tagen hatte der Stream über 140.000 Views und über 2,5 Millionen gesehenen Minuten. Für mich war es wichtig, dass man nach außen trägt was im Audimax vor sich geht. Dass es eben nicht nur Party ist, was von einigen großen Medienstationen behauptet wurde.“¹²

Zur Dokumentation der öffentlichen Wirksamkeit stehen die Logfiles der beteiligten Server zur Verfügung. Die Tweets zu *unibrennt* z.B. sind statistisch ausgewertet und graphisch präsentiert worden (vgl. Heissenberger et al. 2010, S. 247). Vorsicht ist geboten. Der Enthusiasmus über bisher unerhörte Möglichkeiten darf nicht mit politischem Engagement verwechselt werden. Dennoch kann es keinen Zweifel daran geben, dass frühere Besetzungen des Audimax, insbesondere 1987, 2000 und 2002¹³, bei Weitem nicht das positive Echo und die internationale Wirksamkeit erreichten wie die Aktion 2009.

So weit einige an der Oberfläche zu verzeichnende Erfolge der Protestbewegung. Um ihre Bedeutung auszuloten, muss man allerdings zusätzlich ihren technisch-organisatorischen Hintergrund betrachten. Dazu ist ein Blick auf die Zusammensetzung der Bestandteile nötig, aus welchen das Portal in kürzester Zeit erstellt wurde. Den allgemeinen Rahmen bildete die verbreitete Open-Source-Blogsoftware WordPress. Hyperlinks zu Facebook und Twitter sowie zu befreundeten Initiativen waren selbstverständlich. Bilder der Ereignisse gab es bei Twitter und Flickr, live Audio und Video über ustream.tv. Auf Feedburner waren die RSS-Feeds eingerichtet. Den Datenverkehr der Site erfasste Google Analytics und auch das Mail Service (*unibrennt@gmail.com*) kam von dieser Stelle. Abgesehen von WordPress stammen alle genannten Dienste von riesigen multinationalen Unternehmen. Der Domänen-Name *unibrennt* war von einer Privatfirma, Netmonic, registriert worden, das zur Timewarp IT Consulting Inc. gehört, einem Büro, das auf seiner Homepage „Professionelles IT Consulting zu attraktiven Preisen“ anbietet¹⁴. Aus diesen Fakten wird erklärlich, warum das Webportal in derart kurzer Zeit eingerichtet werden konnte. Es musste nicht von

11 Vgl. <http://www.taz.de/!43038/> [10.8.2011].

12 <http://carta.info/17167/studentenproteste-in-oesterreich-mit-allen-registern-des-netzes> [10.8.2011].

13 <http://unibrennt.at/wiki/index.php/Geschichte> [10.8.2011].

14 <http://www.timewarp.at/Home.aspx> [10.8.2011].

null auf entwickelt werden; die Studierenden konnten sich um wenig Geld in ein reichhaltiges, bereits existierendes Netzwerk global verfügbarer Web 2.0 Instrumente einklinken. *Unibrennt* ist ein gutes Beispiel einer mehrseitigen Plattform. Auf den ersten Blick geht es um Mitteilungen aus der Besetzerinnszene. Dahinter ist das Portal aber auch ein Ergebnis aus Dienstleistungen einer Reihe großer internationaler Unternehmen, für die es als Klient und Werbeträger dient. Die Politik der österreichischen Regierung lässt sich, wie gesagt, als Einrichtung einer doppelseitigen Plattform im Bildungssektor ansehen. Ironischerweise beruht die Protestbewegung, welche sich gegen Ökonomisierung wendet, ihrerseits auf dem Funktionsprinzip eines zweiseitigen Marktes.

Der Werbetext für *ustream.tv* lautet: „Promote your business to millions of viewers for only \$1 a month.“¹⁵ Google Analytics stellt sich folgendermaßen vor:

„Google Analytics is the enterprise-class web analytics solution that gives you rich insights into your website traffic and marketing effectiveness. Powerful, flexible and easy-to-use features now let you see and analyze your traffic data in an entirely new way. With Google Analytics, you're more prepared to write better-targeted ads, strengthen your marketing initiatives and create higher converting websites.“¹⁶

Diese Aussagen stehen in deutlichem Kontrast zur lautstarken Kritik an globalisierten Wirtschaftsinteressen, welche die Bildungsproteste hervorgerufen und begleitet hat. Ihre Bedeutung lag, nach einer typischen Stellungnahme, darin, die Aufmerksamkeit auf „das grundsätzliche Scheitern des neoliberalen Kapitalismus und seiner Appropriation aller Lebensbereiche“ (Dokuzović/Freudmann 2010, S. 189) zu lenken. Hier noch eine Probe derselben Stoßrichtung:

„Insgesamt dominieren in den Protesten Kritik und Forderungen, die weit über den unmittelbaren Kontext von Bildung und Universitäten hinausreichen, da sie die Erkenntnis darüber beinhalten, wie sehr die neoliberalen kapitalistische Marktlogik alle Bereiche des Lebens infiltriert, kommodifiziert, durch rassistische und sexistische Ausschlusspolitiken isoliert und jede Kollektivität, die durch die Proteste ein Stück weit etabliert wurde, zunichte macht.“ (Dokuzović/Freudmann 2010, S. 191)

Die *unibrennt* Bewegung wurde für ihren professionellen Umgang mit den neuen Kommunikationstechnologien gelobt. Ihre Botschaft war klar und traf auf breite Resonanz: Stoppt den Darwinismus der Märkte im akademischen Bereich. Doch die Bedingungen, unter denen diese Botschaft derart effektiv verbreitet werden konnte, wurden von einigen der mächtigsten Wirtschaftsunternehmen des Internets bereitgestellt. Durch ihren Beitrag erhielten die Informationen, die auch einfach textbasiert in Mailinglisten und Communiqués

15 <http://ustream.tv> [10.8.2011].

16 <http://www.google.com/intl/en/analytics/> [10.8.2011].

hätten verbreitet werden können, einen entscheidenden Mehrwert. Die Abnehmer erwarteten Multimedia-Vermittlung. Die Presse war nicht daran interessiert, über langwierige Diskussionen innerhalb eines Hörsaals zu berichten, ihr Augenmerk galt der neuen Methode der *Verbreitung* solcher Anliegen. Man könnte zugespitzt formulieren, dass die Unterhaltungsindustrie durch die Hintertür in die Protestbewegung eingetreten ist.

Die hier dargelegten Gesichtspunkte standen für die Besetzerinnen des Audimax nicht im Vordergrund. Die IT-Support-Gruppe spielte ihre Rolle auch in der anschließenden Buchpublikation eher herunter.

„Bei allen Möglichkeiten, die im Web geschaffen und genutzt wurden: Die Uni-Proteste sind ebenso wenig ausschließlich oder ursächlich eine ‚Facebook-Revolte‘ wie die Proteste nach den Wahlen 2009 im Iran eine ‚Twitter-Revolution‘ waren.“ (Herwig et al. 2010, S. 242)

Die Erfassung der Zugriffszahlen auf einer Website konnte es nicht mit der Euphorie aufnehmen, mit welcher die Beteiligten die Anliegen der Bewegung derart nachdrücklich verbreitet sahen: Anti-Diskriminierung, Redemokratisierung der Universitätspolitik, freier Zugang zu den Hochschulen, Rücknahme der Bologna-Reform (vgl. Heissenberger et al. 2010, S. 177 ff.). Insofern kann der vorliegenden Einschätzung entgegengehalten werden, dass sie sich auf Nebensächlichkeiten bezieht und die eigentliche Botschaft der Bewegung herunterspielt. Matthias Schwenk hat bereits am 28. Oktober 2009 einen Kommentar verfasst, der die Bedeutung der Abläufe in ausgewogener, positiver Form darstellt:

„Und schließlich dürften viele Studenten dort erstmals praktisch erleben, wie verschiedene Tools aus dem Baukasten des Social Web eingesetzt werden können und wie diese wirken. Das ‚Real Time Web‘ ist hier nicht einfach nur Spielwiese für die Freizeit und das ‚Abhängen mit Freunden‘, sondern eine mächtige Waffe im Kampf um bessere Bedingungen an den Hochschulen.“¹⁷

Im nächsten Abschnitt wird der letzte Satz dieses Zitates aufgegriffen. Die Audimax-Besetzung hat als politische Aktion Aufsehen erregt. Ohne dieses Engagement wäre sie ein medientheoretisch interessantes Ereignis wie die Popularität russischer Großmütter auf YouTube.¹⁸ Unter diesem Gesichtspunkt sieht die Bilanz jedoch bedenklich aus.

17 <http://carta.info/17167/studentenproteste-in-oesterreich-mit-allen-registern-des-netzes/> [10.8.2011].

18 <http://www.youtube.com/watch?v=0hqRe1YUfFM&feature=youtu.be>. [10.8.2011].

Probleme der Politik mit Internetverstärkung

Die Vorgänge rund um die Veröffentlichung von 250.000 Dokumenten des US-amerikanischen diplomatischen Diensts durch die Wikileaks Plattform zu Beginn 2011 haben eine Besonderheit der Internet-Kommunikation deutlich gemacht. Einerseits kann Information rasch und beinahe kostenlos weltweit verteilt werden, andererseits beruht dieser Vorgang auf Hardwarevoraussetzungen und Adressvorschriften unter der Kontrolle weniger Expertinnen. Es bedarf bloß der Umkonfiguration eines Nameservers, um den eingeführten Internetzugang zu Wikileaks stillzulegen. (Das Internet bietet allerdings, wie bekannt, genügend Gegenmittel.) Angesichts der Emphase, mit welcher bisweilen die freie digitale Zirkulation von Nachrichten gefeiert wird, ist jedenfalls daran zu erinnern, dass diese Abläufe ziemlich strikten Regeln unterliegen.

Es muss der Welt verborgen bleiben, mit welchem Passwort die WordPress Instanz auf dem Rechner mit der IP Adresse 130.199.36 geschützt ist; und es sollte sich um eine Version handeln, die gegen Hackerangriffe resistent ist. Das Rückgrat der offenen Web 2.0 Kommunikationskanäle ist strikte technokratische Kontrolle. Es handelt sich hier um keine Neuigkeit, Reisefreiheit geht Hand in Hand mit strengen Sicherheitskontrollen auf Flughäfen. Eine Auswirkung der Systemadministration, welche für den Erfolg der Audimax-Besetzerinnen notwendig war, ist dennoch hervorzuheben. Im ständisch verfassten Modell der offiziellen Studierendenvertretung sind IT-Serviceleistungen als Teil der Öffentlichkeitsarbeit in die bürokratische Planung eingebettet. Das ist gerade nicht die Rolle, die wir für *unibrennt* beschrieben haben. Die Einrichtung genau dieser Standesvertretung steht auf dem Spiel. Was sind die Folgen für den politischen Protest?

Zahlreiche Protestbewegungen des 20. Jahrhunderts wiesen ein gemeinsames Muster auf. Im Gefolge sozialer Turbulenzen traten Personen auf, die in der Lage waren, den Unmut in überzeugende Worte zu fassen (Martin Luther King, Nelson Mandela, Václav Havel, Aung San Suu Kyi ...). Sie waren die Ansprechpersonen für Nachrichtenagenturen und Reporterinnen, welche die Aufgabe übernahmen, die Situation für Zeitungsleserinnen und im TV-Programm zu erläutern. Solche Akteure wurden nicht nur „das Gesicht“ des Aufstands, ihnen kam auch in der nachfolgenden Auseinandersetzung eine tragende Rolle zu – als Opfer und / oder Repräsentanten einer neuen Epoche. Die Medien spielten eine Vermittlerrolle: Sie bildeten den Transmissionskanal, durch welchen die Auffassungen der Insurgenten einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wurden. Sicher, Auftritte im Fernsehen hatten eine entscheidende politische Bedeutung, aber es waren eben *Auftritte*, einzelne inszenierte Episoden.

Die Rahmenbedingungen für *unibrennt* unterschieden sich von diesen Ge pflogenheiten. In diesem Fall nahm die Bewegung ihre Kommunikationspolitik

selbst in die Hände. Ihre Live Streams machten zusätzliche Reporterteams überflüssig, sie richteten sich direkt an das Internetpublikum. Die Notwendigkeit einer designierten Sprecherin fiel weg. Die Debatten des „Plenums“, der authentifizierenden Vollversammlung der „Audimaxisten“, konnten direkt miterlebt werden. Diese Beobachtung betrifft die medialen Bedingungen, sie weist aber zugleich auf einen Bruch im demokratischen Repräsentationsmuster hin. Unter den genannten Bedingungen schien es nicht notwendig, ja sogar unerwünscht, spezielle Beauftragte zu wählen, welche die Bewegung den universitären Autoritäten und der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten hätten. Der Erfolg von *unibrennt* war ohne die Routine bisher bekannter politischer Arbeit erreicht worden. Der Schwung der Bewegung nährte sich aus den Nachrichten über ihren eigenen Schwung. Politisch bedeutete das die Zurückweisung „jedweden Führungsanspruchs von Seiten politischer Gruppierungen oder auch Einzerner – etwas, das sowohl die Österreichische Hochschüler_innenschaft (ÖH) als auch die diversen linken Kaderorganisationen zu spüren bekamen“ (Hiesberger 2010, S. 203). Die digital vernetzten Medien der Selbstdarstellung der *unibrennt* Aktionen ermöglichen instantane Identifikationen mit ihren Zielen, abgesehen von behäbigeren politischen Strukturen, seien es die gesetzlich vorgesehenen Organe der Selbstverwaltung oder neu geschaffene Instanzen.

Zwischen Basisdemokratie und etablierten demokratischen Repräsentationsformen besteht eine unvermeidliche Spannung. Im vorliegenden Fall bestand ein eklatanter Unterschied zwischen der Publizität der spontanen Proteste und der vergleichsweise tragen Funktionärmentalität der studentischen Standsvertreterinnen, welche in den Augen der *unibrennt* Akteure den ganzen Problembereich „verschlafen“ hatten.¹⁹ Die Frage war dann allerdings, wie angesichts der positiven Feedback-Schleife der Öffentlichwirksamkeit des medialen Auftritts der Bewegung die Detailarbeit an der Umsetzung ihrer politischen Vorstellungen aussehen konnte. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang der Forderungskatalog, der in den Plenumsdiskussionen entwickelt wurde. Die 37 Punkte dieses Dokumentes²⁰ erinnern eher an eine Litanei als an eine Verhandlungsvorlage. Papier ist geduldig, noch geduldiger ist jedoch ein digitaler Speicher. Es fehlt der Zwang zur konzisen Formulierung und zur Definition von Prioritäten; das Spektrum der Forderungen reicht darum von äußerst allgemeinen Formeln bis zu sehr partikulären Details. Selbst wenn jemand abgeordnet worden wäre, diesen Katalog in Verhandlungen zu vertreten, hätte aus diesen Konsultationen schwerlich ein konsensfähiges Dokument entstehen

19 Das Verfahren zur Einführung bolognakonformer Curricula lief an der Universität Wien über Vorberatungen in drittelparitätisch besetzten „curricularen Arbeitsgruppen“ und einer mit drei (aus 9) studentischen Mitgliedern besetzten Curricularkommission, in denen die meisten Entwürfe konsensual beschlossen wurden.

20 <http://unibrennt.at/?p=383&lang=de> [10.8.2011].

können. Basisbewegungen führen leicht in eine solche Sackgasse. Die Leitfiguren, die sie hervorbringen, werden in dieser Spannung nicht selten aufgerieben. Die Besetzung des Audimax ist, darin liegt eine Besonderheit, so weit gar nicht gekommen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, dass sich das Rektorat der Universität Wien weigerte, in direkte Verhandlungen mit den Besetzerinnen einzutreten. Der amtierende Rektor war generell nicht für Dialogorientierung bekannt, doch selbst eine höhere Gesprächsbereitschaft hätte nichts daran geändert, dass die politische Auseinandersetzung nicht auf die konstruktive Begegnung zweier politischer Interessenblocks hinauslief. Eine strategische Position markierte *unibrennt* jedenfalls mit Nachdruck: Es kann in solchen Verhältnissen nicht darum gehen, einer institutionell unweigerlich überlegenen Gegenseite einige Konzessionen abzugewinnen. Als Verhandlungspartner wählte die Universitätsleitung, trotz ihrer Nebenrolle in den Entwicklungen, konsequenterweise die Österreichische Hochschülerschaft. Sie wurde von den Besetzerinnen nicht als legitime Vertreterin anerkannt, doch im geltenden gesetzlichen Rahmen fällt ihr eine solche Rolle zu. Sie erfüllt die Pufferfunktion, auf die gesellschaftliche Konfrontationen mit hohem Konfliktpotential auf die Dauer angewiesen sind. Auch nach drei Monaten, als sich die Besetzung totgegangen hatte, stand sie zur Verfügung, um (vergleichsweise bescheidene) Verbesserungen der Studienbedingungen zu befördern.

Ein einprägsamer Höhepunkt der politischen Auseinandersetzung, deren Verlauf wir nachgezeichnet haben, war das „Forum für nachhaltige Hochschulentwicklung“, zu dem sich das Rektorat mehrere Wochen nach der Besetzung entschloss.²¹ Mit deutlicher Verzögerung war den Verantwortlichen zu Bewusstsein gekommen, dass die Auseinandersetzung entscheidend von technischen Vorkehrungen geprägt war. Sie richteten dementsprechend eine Diskussionsplattform ein, welche hohen professionellen Ansprüchen genügte: Live Streaming mit ferngesteuerter Kamera und aufwendiger Tonregie. Eingeladen waren zur Demonstration dieses „Dialogs“ einerseits die gesamte „Nomenklatura“ der Universität (die Vorsitzenden des Universitätsrates, des Senats, der Betriebsräte, mehrere Dekane ...) und andererseits Vertreterinnen der Hochschülerschaft. Auch die Besetzer entsandten eine Anzahl von Beobachterinnen, eine Delegation kann man es im Hinblick auf ihre anti-repräsentationelle Haltung nicht nennen. Nach dem Plan des Rektorates sollte es bei dem Treffen darum gehen, mit den involvierten Personengruppen ein Verfahren auszuhandeln, nach dem – im Tausch gegen ein Entgegenkommen seitens der Universität – das Audimax geräumt werden würde. Zu solchen Verhandlungen waren die

²¹ <http://www.dieuniversitaet-online.at/beitraege/news/universitaet-wien-forum-gemeinsamer-dialog-hat-begonnen/542/neste/3.html> [10.8.2011].

anwesenden Besetzerinnen nicht bereit und die Hochschülerschaft nicht befugt. Der Haupteffekt der Veranstaltung bestand darin, gegenüber der Belegschaft der Universität und der Öffentlichkeit allgemein zu demonstrieren, dass die Universitätsleitung nun auch über die erforderliche Infrastruktur verfügte, um internetgestützte Debatten erfolgreich zu inszenieren.

Eine Vignette aus der Veranstaltung kann deutlich machen, worin die prekäre politische Position, die sich mit dem durchschlagenden publizistischen Erfolg der *unibrennt* Bewegung verbindet, besteht. Ein Student aus der Gruppe der Besetzer verteilte einen Handzettel. In diesem wurde unterstrichen, dass es keinen Verhandlungsauftrag an die anwesenden Personen aus dem Besetzerinnenkreis gab und „dass nur langfristige und nachhaltige Verbesserungen der Situation der Studierenden, insbesondere auch in Bezug auf die Redemokratisierung, weitere Besetzungen verhindern bzw. diese beenden können.“ Abschließend wurde die Rolle präzisiert, die sich die Studierenden selbst zuschrieben:

„Nehmen Sie die BesetzerInnen, aber auch die KollegInnen von der ÖH in diesem Zusammenhang als eine Art Consultance-Team war [sic!], das es Ihnen ermöglichen soll die Anliegen der BesetzerInnen zu verstehen und Ihnen helfen soll ihre Forderungen zu erfüllen. Je mehr Kompetenzen an die Studierenden abgetreten werden, umso leichter wird es sein die Forderungen, entsprechend der Vorstellungen seitens der Studierenden, umzusetzen.“²²

Der Terminus „Consultance“ ist im Deutschen wenig gebräuchlich. Er hat eher einen französischen Klang. (Korrekte Englisch ist „consultant“ und „consultancy“.) Gemeint ist jedenfalls ein Beratungsdienst, mit dem sich die Verfasser des Flugblatts als Dienstleister zwischen der Universitätsleitung und den Besetzerinnen des Audimax anbieten.²³ Die Logik der zweiseitigen Plattform, die im vorliegenden Beitrag expliziert wurde, ist in diesem Vorschlag manifest. An die Stelle einer politischen Auseinandersetzung tritt der Versuch, die Schwierigkeit nach einem ökonomischen Muster zu lösen. Der alten Generation soll (für Geld?) geholfen werden, die neuen Umstände zu verstehen. Statt einen

22 <http://philo.at/wiki/index.php/Benutzer:Anna/MuD09> [10.8.2011].

23 Die i.d.e.e. gmbh, „the creative consultance“, beschreibt das Angebot der Firma folgendermaßen: „Beratung muss kreativ sein, in jeder Hinsicht. Festgefahren in theoretischen Ansätzen und komplizierten Wortkonstruktionen verliert man sonst als Berater das, worauf es ankommt: Den Kontakt zum Kunden. Wir sehen die Praxis – orientieren uns an dem, was Ihnen wichtig ist – und hinterfragen bestehende Situationen in der Gewissheit, dass ständige Weiterentwicklung eine Herausforderung ist, die der Markt verlangt.“ <http://www.ideegmbh.de/>. „Die Garden Consultance GBR bietet an: Wir erwecken Ihren Garten zum Leben. Gönnen sie sich das unvergleichliche Kochvergnügen einer Aussenküche. Ob Sie nun bei einem Gartenfest Ihre Gäste auf besondere Weise bewirken, oder sich selbst Ihre kulinarischen Wünsche ohne Geruchsbelästigung in der Wohnung erfüllen.“ <http://web2.cylex.de/firma-home/garden-consultance-gbr-5426817.html> [10.8.2011].

Forderungskatalog zu präsentieren, wird unterstützende Beratung angeboten. Für jemanden, der in den Kategorien klassischer politischer Auseinandersetzungen denkt, ist es zu gleichen Teilen eine bittere Niederlage und eine glänzende Ironie.

„Die Uni brennt“, das heißtt in der österreichischen Umgangssprache auch: sie zahlt.

Literatur

- Dokuzović, Lina / Freudmann, Eduard: Die Krise besetzen – Zu den aktuellen Bildungsprotesten und der Perspektive einer radikalen Veränderung. In: Heissenberger, Stefan et al.: Uni brennt. Wien: Turia + Kant 2010, S. 189–195.
- Evans, David S.: Two-Sided Platforms and Analysis of Single Firm Conduct. (2006), verfügbar unter: http://www.justice.gov/atr/public/hearings/single_firm/comments/219673_a.htm [29.12.2011].
- Gawer, Annabelle (ed.): Platforms, Markets and Innovation. Cheltenham: Edward Elgar 2009.
- Hagiu, Andrei: Merchant or Two-Sided Platform? In: Review of Network Economics 6/2 (2007), verfügbar unter: <http://www.hbs.edu/research/pdf/07-093.pdf> [29.12.2011].
- Heissenberger, Stefan et al. (Hg.): Uni brennt. Grundsätzliches – Kritisches – Atmosphärisches. (erw. Aufl.). Wien: Turia+Kant 2010.
- Herwig, Jana et al.: #unibrennt mit Internet. Beobachtungen zu einer sich ändernden Protestqualität. In: Heissenberger et al. (2010), S. 241–64.
- Hiesberger, Leo et al.: Vernetzter Protest – Zum Aufbau eines internationalen Netzwerks. In: Heissenberger et al. (2010), S. 218–24.
- Hiesberger, Leo: Zum subversiven Charakter gelebter audimaxistischer Politik. In: Heissenberger et al. (2010), S. 203–208.
- Hrachovec, Herbert: Checkpoint Bologna, Universität Wien 2008. In: Schrittesser, Ilse (Hg.): University goes Bologna: Trends in der Hochschullehre. Entwicklungen, Herausforderungen, Erfahrungen. Wien: facultas.wuv 2009, S. 177–185.
- Rochet, Jean-Charles / Tirole, Jean: Two-Sided Markets: A Progress Report. In: IDEI Working Papers 275, Institut d’Économie Industrielle (IDEI). Toulouse: 2005, verfügbar unter: http://idei.fr/doc/wp/2005/2sided_markets.pdf [29.12.2011].